



Gebündelter Protest in Mainz

Etwa 60 Bürgerinnen und Bürger aus unserer Verbandsgemeinde, unter ihnen der Bürgermeister der Verbandsgemeinde und einige Ortsbürgermeister, haben an der Demonstration gegen Auswirkungen der Kommunalreform in Mainz vor dem Landtag teilgenommen, die von Frau Horbert (Zilshausen) und Herrn Pestemer (Neunkirchen) organisiert worden ist. Alle Bürgerinitiativen des Landes waren bei der Demo vertreten. Mit Transparenten „VG Kelberg muss bleiben“, „Keine Zwangsfusionen“, „Wo bleibt der Bürgerwille“ und „JA zur VG Kelberg“ war unsere Protestgruppe nicht zu übersehen. Lautstarke Bekundungen begleiteten die kurzen Ansprachen von Frau Klöckner (CDU), Herrn Lewentz (SPD) und Herrn Köbler (Bündnis 90/Die Grünen). Auch Abgeordnete der betroffenen Verbandsgemeinden begleiteten die Parteispitzen, die in ihren Reden schon bekannte Meinungen wiederholten. Protest löste der Innenminister mit dem Hinweis aus, dass einige Fusionen, die jetzt vorgesehen sind, nach einer Kreisreform rückgängig gemacht werden können.

Spätestens in diesem Augenblick stellte sich wieder die Frage, warum eine Kreisreform in dieser Kommunalreform nicht erfolgen soll.

Die Vertreter der einzelnen Bürgerinitiativen stellten ihre Gründe für das jeweilige Nein der geplanten Reform vor. Der Vorsitzende des Kelberger Arbeitskreises hob in seiner Stellungnahme die Einmütigkeit der Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter hervor und unterstrich die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Verwaltung.



Alle Demonstranten waren sich einig, dass der Bürgerwille auch dann berücksichtigt werden muss, wenn er nicht in das jeweilige Politik- oder Regierungsprojekt passt.

Deutlich wurde auch, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz erwarten, dass die politisch Verantwortlichen ihre Wahlversprechen und -zusagen im politischen Alltag umsetzen. Immer, wenn während der Demonstration die Wichtigkeit des Bürgerwillens betont wurde, brausten Beifall und laute Zustimmungsbekundungen auf.

Bleibt zu hoffen, dass die designierte Ministerpräsidentin die Signale, die von der Demonstration ausgegangen sind und im ganzen Land wahrgenommen werden können, richtig interpretiert und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Korrekturen an der Kommunalreform angebracht werden. A.K.